



Änderungsantrag

der Fraktion von CDU und FDP

zum Antrag Optionszwang abschaffen

Drucksache 17/ 253

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, den Stand Ihrer Überlegungen zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts darzulegen. Insbesondere wird auch der Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration gebeten, vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion in der länderoffenen Arbeitsgruppe "Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit attraktiv gestalten", die unter der Federführung von Schleswig-Holstein für die Integrationsministerkonferenz am 18./19. März 2010 geführt wird, in der 7. Tagung einen mündlichen Bericht über die Ergebnisse der Beratungen zu geben.

Begründung:

Die Integration der in Schleswig-Holstein lebenden Migrantinnen und Migranten ist ein wichtiges Anliegen. Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes hat neue Instrumente zur Integration geschaffen, die es nunmehr weiterzuentwickeln gilt. Dazu gehört es auch, die Erfahrungen mit den ersten Optionsfällen auf möglichen Verbesserungsbedarf sowohl in verfahrens- als auch materiellrechtlicher Hinsicht zu überprüfen und ggf. entsprechende Änderungsvorschläge zu erarbeiten.

Astrid Damerow
und Fraktion

Ingrid Brand-Hückstädt
und Fraktion